
Vorwort	18
---------	----

Politikwissenschaft

Demokratietheorie / Pluralismus / Gemeinwohl

1. Die zentralen Aussagen der Pluralismustheorie nach Ernst Fraenkel	21
2. Die ‚pluralistische Gesellschaft‘ und die Bedeutung des Pluralismus für den politischen Willensbildungsprozess	22
3. Der Gegenbegriff zu ‚Pluralismus‘ nach Ernst Fraenkel	22
4. Historische Beispiele für die zentrale Problematik des ‚Pluralismus‘ in einer modernen Massendemokratie aus Sicht der Pluralismustheorie	23
5. Ausprägungen des ‚Pluralismus‘ im Grundgesetz	24
6. Unterschiedliche Konzepte von ‚Gemeinwohl‘ in totalitären Diktaturen und in pluralistischen Gesellschaften nach Fraenkel	25
7. Das Gemeinwohl nach Ernst Fraenkel	25
8. Die normativen Voraussetzungen des ‚Pluralismus‘	26
9. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im ‚Kopftuch-Streit‘ aus pluralistischer Sicht	26
10. Die Unterschiede zwischen dem Tragen eines ‚Kopftuchs‘ als Lehrerin und als Polizeibeamtin unter Berücksichtigung der ‚Kopftuch-Entscheidung‘ des Bundesverfassungsgerichts	28
11. Die wesentlichen Grundsätze der innerparteilichen Demokratie	28
12. Die Gründe des Verfassungsgebers zur Verpflichtung der Parteien in Deutschland auf die innerparteiliche Demokratie	29
13. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der politischen Parteien und der Interessenverbände in Deutschland	29
14. Die ‚Herrschaft‘ der Verbände in Deutschland	30
15. Die beiden Grundprinzipien der Verfassung einer rechtsstaatlichen Demokratie	31

Politikwissenschaft & Didaktik an Polizeihochschulen auf dem Prüfstand	7
--	---

Inhalt	Seite
--------	-------

16. Die Arten von Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland	31
17. Die Wahlrechtsgrundsätze im Grundgesetz	32
18. Der Verstoß des Preußischen Dreiklassenwahlrechts gegen alle Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes	32

Politischer Extremismus / Islamismus

19. Die Schlussfolgerung, die der Parlamentarische Rat aus den Mängeln der Weimarer Reichsverfassung zog	36
20. Das Konzept der ‚wehrhaften Demokratie‘	37
21. Die Ewigkeitsklausel und die Abwehrbereitschaft der ‚wehrhaften Demokratie‘ nach dem Grundgesetz	38
22. Die ‚Waffen‘ der ‚wehrhaften Demokratie‘	39
23. Die Unterscheidung der Grundrechtsverwirkung, des Parteiverbots und des Vereinsverbots	40
24. Die Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung in der Praxis	40
25. Die Unterscheidung der Begriffe politischer Extremismus und Radikalismus	41
26. Die unterschiedlich falsche Interpretation eines rechtsstaatlichen Grundsatzes durch linke und rechte Extremisten	42
27. Die Problematik der Links-Rechts Abgrenzung beim Extremismus	42
28. Das historische Beispiel zur Links-Rechts-Abgrenzung	42
29. Gemeinsame Denkstrukturen aller Extremisten, aus denen sich ihre Kritikelemente ableiten lassen	43
30. Inhaltliche und formelle Überschneidungen mit dem Links- und Rechtsextremismus im islamistischen Extremismus	44
31. Der Maßstab ist für die ‚Verfassungswidrigkeit‘ von Parteien	45
32. Die meisten Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung	45
33. Erklärungsansätze für Fremdenfeindlichkeit	46

Inhalt	Seite
34. Die Stellung der Parteien im Grundgesetz	47
35. Die Unterschiede bei Art. 9 Abs. 2 GG und Art. 21 Abs. 2 GG	48
36. Die Prüfkriterien in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für das Verbot einer Partei	49
37. Die maßgeblichen Gründe für die drei Parteiverbotsverfahren gegen die KPD, FAP und NPD	50
39. Vor- und Nachteil der Urteilsbegründung, die in der Satzung und im Programm der FAP niedergelegte Zielsetzung der politischen Einflussnahme und der parlamentarischen Vertretung sei nicht ‚ernsthaft‘	52
40. Gründe für und gegen Parteiverbote	52
41. Die These der Einteilung von Parteien nach dem sog. ‚Links-Mitte-Rechts-Schema‘ sei nur bedingt sinnvoll	53
42. Die Gründe des Bundesverfassungsgerichts, der FAP mit Blick auf § 2 PartG das Parteienprivileg abzusprechen	54
43. Das rechtspolitische Motiv der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der FAP	55
44. Die rechtsextremistischen Programmpunkte des 25-Punkte-Programms der NSDAP von 1920	56
45. Die nicht rechtsextremistischen Programmpunkte des 25-Punkte-Programms der NSDAP von 1920	57
46. Die Gründe für die nicht rechtsextremistischen Programmpunkte im 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920	57
47. Die Einstufung der vier Forderungen der PdV-Partei als extremistisch und verfassungswidrig im Sinne des Grundgesetzes	59
48. Die Erklärungsansätze für politischen Extremismus nach dem Textauszug von ‚Backes / Jesse‘	60
49. Die Erklärungsansätze für die Zunahme von Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren gerade auch in den neuen Bundesländern nach dem Textauszug von ‚Backes / Jesse‘	60
50. Die inhaltlichen und formellen Überschneidungen mit dem Links- und Rechtsextremismus im islamistischen Extremismus	61

Nord-Süd-Konflikt und Migration

51.	Die Definition des Begriffs ‚Nord-Süd-Konflikt‘ im Unterschied zum Begriff ‚Ost-West-Konflikt‘	63
52.	Die erhebliche Friedensgefährdung durch das Nord-Süd-Gefälle	63
53.	Die Bewertung der These vom Clash of Civilizations von Samuel P. Huntington	64
54.	Die Definition des Begriffs ‚Migration‘	64
55.	Die unterschiedlichen Formen von Migration	65
56.	Die Definitionen der sog. ‚push- und pull‘-Faktoren	65
57.	Die Arten, Verfahren und Ursachen der globalen Konfliktformation zwischen Süd und Nord in der Vergangenheit	65
58.	Die Folgen der Ölkrise für die Industrieländer	66
59.	Die staatsrechtliche Begründung für die politische und sozioökonomische Homogenität der Industrieländer	67
60.	Die Konfliktfähigkeit und Konfliktwilligkeit der ‚Dritten Welt‘, früher und heute	68
61.	Typische, friedensgefährdende Problemlagen in den Entwicklungsländern	69
62.	Die Folgen der Problemlagen in den Entwicklungsländern als Aufgabe der Polizei in den Industrieländern	69
63.	Die Sogfaktoren im Zusammenhang mit Wanderungsbewegungen	70
64.	Chronologische Aufstellung der Ausländergruppen in Deutschland	70
65.	Möglichkeiten der Armen, ihrer Armut zu entfliehen	70
66.	Ansätze zu einer friedlichen Bewältigung des Nord-Süd-Konflikts	71

Politisches System der Europäischen Union (EU)

Historische Entwicklung der Europäischen Union

67. Die Unterscheidung der Begriffe ‚Europarecht‘ und ‚Unionsrecht‘ sowie ‚Politisches System der Europäischen Union‘	73
68. Die vier Motive als Grundlage für die europäische Integration	74
69. Die Hauptmotive der Montanunion zu ihrer Gründung und ihre Strukturen	75
70. Der Unterschied des EU-Rechts zu Völkerrecht	76
71. Vorteile eines europäischen Binnenmarkts gegenüber einem nationalstaatlich abgeschotteten Markt	76
72. Die Verträge, die dem Maastricht-Vertrag vorhergingen	77
73. Die Rechtsakte der Organe der Europäischen Union (EU)	78
74. Die Grundrechte in der Grundrechtecharta (GRCh) der Europäischen Union (EU) im Vergleich zu den Grundrechten des Grundgesetzes	79
75. Das neue Grundrecht des Europäischen Parlaments für die Grundrechtecharta (GRCh) der Europäischen Union (EU)	80
76. Zur Frage der Weigerung eines Mitgliedstaats, die in einem anderen Mitgliedstaat erworbene Änderung des Vornamens und des Geschlechts anzuerkennen	81
77. Die Verordnung (EU) 2024/900 vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung	82

Völkerrecht

Rechtliche Grundlagen internationaler Beziehungen

78. Definition des Begriffs ‚Internationale Beziehungen‘	84
79. Abgrenzung der Begriffe ‚Staatsrecht‘ und ‚Völkerrecht‘	84

Inhalt	Seite
80. Der Begriff des Völkerrechts und seine Regelungsbereiche	84
81. Internationale Organisationen im Sinne des Völkerrechts	85
82. Inhalte der Begriffe ‚primäres Völkerrecht‘, ‚sekundäres Völkerrecht‘, ‚Staatengemeinschaftsrecht‘, ‚Gemeinschaftsrecht‘ und ‚Unionsrecht‘	86
83. Das Spannungsverhältnis des Völkerrechts zum Grundgesetz und die Position des Bundespräsidenten	86
84. Das Grundgesetz als ‚völkerrechtsfreundliche Verfassung‘	87
85. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die innerstaatliche Geltung der drei völkerrechtlichen Quellen	87
86. Die Völkerrechtssubjekte	87
87. Die Rechtsquellen nach Art. 38 IGH Statut	88
88. Die Hilfsquellen – soft law – im Völkerrecht	89
89. Die Geltung des Völkerrechts mit Blick auf die Rechtsquellen	89
90. Der Begriff des ‚Staatsvertrags‘	90
91. Der Zusammenhang der beiden Begriffe ‚Souveränität‘ und ‚Transformation‘	90
92. Die Unterscheidung der Begriffe ‚generelle Transformation‘ und ‚spezielle Transformation‘	91
93. Die Bedeutung des Völkerrechts für die Polizeiarbeit	91
94. Der Zusammenhang von Europarat und Europäischer Union	92
95. Die Zielsetzungen des Europarats	93
96. Die Organe des Europarats und ihre Aufgaben und Funktionen	94
97. Die rechtlichen Funktionen der Konventionen des Europarats	94
Internationale polizeiliche Zusammenarbeit / Auslandseinsätze	
98. Die Verankerung der Menschenrechte im Völkerrecht	95

Inhalt	Seite
99. Der grundsätzliche Wandel im Bereich der internationalen Politik mit Auswirkungen auf das Verhältnis von innerer und äußerer Sicherheit	98
100. Die verfassungsrechtliche Problematik für Auslandseinsätze der Bundeswehr unter Zugrundelegung des Urteils des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1994	99
101. Die maßgeblichen Unterschiede der Regelungen zur Verwendung der Bundespolizei im Ausland nach § 8 BPolG und der Leitsätze der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Auslandseinsatz der Bundeswehr	100
102. Die zentrale politische Problematik beim Aufbau des Grenzschutzes von Bosnien und Herzegowina nach dem Erfahrungs- und Projektbericht des Projektleiters	101

Didaktik

Biologische Voraussetzungen des Lernens

103. Die Bedeutung des Lernens	104
104. Der Begriff der ‚Tagesleistungskurve‘	104
105. Die Bedeutung des Prozesses des Ein- und Ausatmens	105
106. Die ‚Eingangskanäle‘ und ihre Bedeutung als Grundlage für die Unterrichtsvorbereitung	106
107. Die allgemeinen Lerntypen nach Vesters biologisch geprägten Lerntheorie	106
108. Zur Frage der Ausdifferenziertheit der Lerntypen nach Vester	107
109. Die Beschreibung der Aufnahme des Lernstoffs durch die Strukturen oder Stufen des Gedächtnisses	108
110. Die Funktionen der beiden menschlichen Gehirnhälften	108
111. Die Funktion des Erinnerns nach Vester	109
112. Die Entstehung einer Denkblockade beim Lernen	109

Inhalt	Seite
113. Die Verankerung von Informationen über das Ultrakurzzeitgedächtnis (UZG) der Lernenden im Lehrprozess	110
114. Die Nutzung von verschiedenen Eingangskanälen der Lernenden zur Informationsverankerung in deren Gehirn	111
115. Zusammenfassung der von Vester auf der Grundlage biologischer Voraussetzungen des Lernens entwickelten Konsequenzen für Lehrende	112

Voraussetzungen und Methoden der Unterrichtslehre

116. Die Bedeutung der Didaktik in einer Polizeiorganisation	115
117. Die Unterscheidung der Begriffe ‚Didaktik‘ und ‚Methodik‘	115
118. Die Grundsätze für eine erwachsenengerechte Unterrichtung	116
119. Die Definition der ‚Lernzielhierarchie‘	119
120. Die Vor- und Nachteile der beiden Unterrichtsverfahren ‚Lehrvortrag‘ und ‚Gruppenarbeit‘	119
121. Möglichkeiten des ‚Vortrags‘ sowie der ‚Gruppenarbeit‘ für den Unterrichtseinsatz	120
122. Beachtenswertes zur Planung einer ‚Gruppenarbeit‘ im Unterricht	120
123. Vorteile und Gefahren bei einer Vorlesung	122
124. Definition des ‚Frontalunterrichts‘ sowie seine Vor- und Nachteile und Gefahren	122
125. Die didaktische Relation in der Pädagogik	124
126. Die drei Merksätze, die eine Unterrichtsstunde eröffnen und beschließen	125
127. Die Definition der ‚Adressatenanalyse‘ und ihre Notwendigkeit für die Unterrichtsvorbereitung	125
128. Das Wirkungssystem des Unterrichtes (Didaktisches Achteck)	126
129. Die Funktionen des Gedächtnisses	126
130. Die zwölf Grundformen des Lehrens nach Aebli	128

Inhalt	Seite
131. Die Analyse von geistigen Entwicklungsstufen bei Kleinkindern als abstrakter Aufbau gedanklicher Strukturen	128
132. Die vier Unterrichtsphasen (Ablaufphasen) im Lernprozess, die das Gerüst zur Vermittlung des Themas „Die Personenkontrolle“ bilden	129
133. Die Wichtigkeit der ersten Phase des Lernprozesses beim Thema „Personenkontrolle“	131
134. Das objektive Interesse der Polizeimeisteranwärterinnen und Polizeimeisteranwärter am Unterricht	131
135. Die drei Bereiche der Unterrichtsmethodik	132
136. Didaktischer Vor- oder Nachteil der Unterrichtsmethodik, einen längeren neuen Text von den Lernenden vorlesen zu lassen	133
137. Didaktischer Vor- oder Nachteil der Unterrichtsmethodik, denselben Text, der als Arbeitsblatt verteilt ist, vorzulesen und gleichzeitig per Folie an die Wand zu werfen	134
138. Die Merksätze zum Lehr- und Unterrichtsgespräch	134
139. Die Funktionen von Lehr- und Unterrichtsgesprächen und ihre Vorteile, Gefahren und Anforderungen an die Lehrkraft	135
140. Auswahl des richtigen aus drei Kurzfilmen zum Thema „Personenkontrolle“ zum Unterrichtseinstieg aus motivationstheoretischer Sicht	135
141. Die Veranschaulichung von Lehrstoffen	136
142. Fehler bei der Verwendung einer Lautgestalt im Unterricht	137
143. Fehler bei der Verwendung einer visuellen Gestalt im Unterricht	137
144. Fehler bei der Verwendung einer „algebraischen Variable“ im Unterricht	138
145. Der Zusammenhang zwischen Abstraktionsvermögen und Lebensalter und seine Auswirkung im Lehrprozess	139
146. Die Fallmethode als didaktischer Vorteil für die polizeifachliche Ausbildung	139
147. Die Funktion von Prüfungen bei Ausbildungsgängen im Polizeivollzugsdienst	141

Inhalt	Seite
148. Die Unterscheidung der Lernziele mit Bezug zu den Verhaltensdimensionen	141
149. Die Stufen sowie die Bedeutung der Intensitätsstufen (IS) bei Lernzielen	142
150. Die Stufen und die Bedeutung der Komplexitätsstufen (KS) im Lernprozess	142
 <i>Technik wissenschaftlichen Arbeitens</i>	
Bedingungen der Wissenschaftlichkeit	
151. Die Definition des Begriffs ‚Wissenschaft‘	145
152. Der Unterschied zwischen wissenschaftlichem sowie alltäglichem Denken	145
153. Die Merkmale, an denen wissenschaftliche oder nur populärwissenschaftliche Fachbücher zu erkennen sind	146
154. Die Funktion von Diplom- oder Bachelorarbeiten an Hochschulen der Polizei	147
155. Die Methoden der Rechtswissenschaft	147
156. Die Methoden der empirischen Sozialforschung	148
157. Die Ideenfindung für ein Thema einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit	149
158. Die Entwicklung der konkreten Fragestellung einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit	149
159. Empfehlungen für die Literaturrecherche in Bibliotheken	150
160. Bedenkenswertes für die Literaturrecherche im Internet	150
 Wissenschaftliche Arbeiten und ihre Bewertung	
161. Die grundlegenden Regeln für eine korrekte wissenschaftliche Zitierweise	152

Inhalt	Seite
162. Die Unterscheidung von ‚Quellen‘ und ‚Literatur‘	153
163. Die allgemeinen formalen Bewertungsaspekte für eine Diplom- oder Bachelorarbeit	154
164. Die besonderen materiellen Bewertungsaspekte für eine Diplom- oder Bachelorarbeit	155

Anhang

Dokumentationen

I. Schaubild der Kaiserreichsverfassung von 1871	157
II. BVerfGE 2 BvR 1436/02 vom 03.06.2003 – ‚Kopftuch‘	158
III. Auszug aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts: BVerfGE 91, 276 – FAP und Parteienbegriff II	160
IV. 25-Punkte-Programm der NSDAP	164
V. Auszug aus: Backes / Jesse: Politischer Extremismus, 4. Aufl., Bonn 1996, S. 261 ff.	167
Abkürzungsverzeichnis	171
Autorenhinweis	180